

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/204531]

30. MAI 2024 — Erlass der Regierung über die Durchführung der Gemeinderatswahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet in Bezug auf die Hinterlegung von Wahlvorschlägen

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, Artikel L4134-1 § 8, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2023, Artikel L4142-3 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2006, und Artikel L4142-4 § 5 Absatz 1 und § 6 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2006;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinderatswahlen, die Bestellung der Mitglieder der Wahlvorstände, die Zähltabellen und die Stimmenausrählung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Mai 2018 über die Wahlverrichtungen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Mindestnormen für die Zugänglichkeit bei der Wahl der Wahlzentren und Wahllokale im Rahmen des Bestands der Wähler im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Muster für die Formulare und Berichte, die im Rahmen der Kontrolle der Wahlausgaben zu verwenden sind, im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Muster für die Erklärungen zwecks Herstellung und Lieferung der Wahldokumente im Hinblick auf die Gemeinde und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Mai 2018 über die digitale Codierung, die digitale Übertragung und die automatisierte Verarbeitung der Wahldaten im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. Mai 2024;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die am 13. Oktober 2024 stattfindenden Gemeindewahlen in Bezug auf ihre Organisation einer gewissen Vorlaufzeit bedürfen; dass eine der vorbereitenden Maßnahmen die Entwicklung der Software zur elektronischen Hinterlegung von Wahlkandidaturen betrifft, die ihrerseits insbesondere auf verbindliche Vorgaben in Bezug auf das Muster der Wahlvorschläge angewiesen ist; dass die Software zur elektronischen Hinterlegung von Wahlkandidaturen rechtzeitig den potenziellen Listen und Kandidaten zur Verfügung stehen muss, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In Erwägung des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet;

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - § 1 - Im Hinblick auf die Hinterlegung von Wahlvorschlägen erwähnt der Kandidat in seiner Vorschlagsurkunde nach seiner vollständigen Identität den Namen, unter dem er auf dem in Artikel L4142-37 § 2 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Plakat und auf den Bildschirmen der Wahlcomputer eingetragen werden möchte.

Der Gemeindevorstand verwendet diese Angaben, um diejenigen Angaben festzulegen, die auf den Bildschirmen der Wahlcomputer vermerkt werden.

§ 2 - Es darf nur ein Vorname angegeben werden, wobei zusammengesetzte Vornamen als ein Vorname gelten.

Der gewählte Vorname muss unter den in der Geburtsurkunde angegebenen Vornamen erscheinen.

§ 3 - In Abweichung von § 2 kann der Gemeindevorstand einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat und den Bildschirmen der Wahlcomputer einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern durch die Benutzung dieses anderen Vornamens keine Verwechslung mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Wahlkreises bekannten Person entsteht und die folgenden Regeln beachtet werden:

1. Der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname, sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt der Kandidat den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen auf den Bildschirmen der Wahlcomputer anzeigen zu lassen.

2. Der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt: Nummer 1 wird entsprechend angewandt.

3. Der Vorname, den der Kandidat auf den Bildschirmen der Wahlcomputer angezeigt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Gemeindevorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter, einem Notar oder einem Bürgermeister ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde.

Der Geburtsvorname des Kandidaten wird auf den Bildschirmen der Wahlcomputer vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt.

§ 4 - Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der bzw. des verheirateten oder verwitweten Kandidatin bzw. Kandidaten stehen.

Art. 2 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands stellt die im Anhang zur Vorschlagsurkunde enthaltene Empfangsbestätigung aus, wenn er eine Vorschlagsurkunde gemäß Artikel L4142-4 § 6 Absatz 2 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erhält.

Art. 3 - Artikel 5 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinderatswahlen, die Bestellung der Mitglieder der Wahlvorstände, die Zähltabellen und die Stimmenaushaltung wird aufgehoben.

Art. 4 - Artikel 6 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 5 - Artikel 7 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 6 - Artikel 8 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 7 - Muster 1 im Anhang desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018, wird durch den Anhang 1 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 8 - Muster 2 im Anhang desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018, wird durch den Anhang 2 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 9 - Die Muster 5, 6, 7 und 8 im Anhang desselben Erlasses werden aufgehoben.

Art. 10 - Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018 über die Wahlverrichtungen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

2. der Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Mindestnormen für die Zugänglichkeit bei der Wahl der Wahlzentren und Wahllokale im Rahmen des Beistands der Wähler im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

3. der Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Muster für die Formulare und Berichte, die im Rahmen der Kontrolle der Wahlausgaben zu verwenden sind, im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

4. der Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018 zur Festlegung der Muster für die Erklärungen zwecks Herstellung und Lieferung der Wahldokumente im Hinblick auf die Gemeinde und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet;

5. der Erlass der Regierung vom 24. Mai 2018 über die digitale Codierung, die digitale Übertragung und die automatisierte Verarbeitung der Wahldaten im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet.

Art. 11 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 12 - Der Minister für lokale Behörden wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 30. Mai 2024

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Anhang 1 zum Erlass der Regierung vom 30. Mai 2024 über die Durchführung der Gemeinderatswahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet in Bezug auf die Hinterlegung von Wahlvorschlägen

Muster 1. Von Wählern eingereichter Wahlvorschlag

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, Gemeinderatswähler in der Gemeinde....., schlagen die nachfolgend angegebenen Personen als Kandidaten für die Gemeinderatswahlen vom..... vor.

Folgendes Listenkürzel muss auf dem Stimmzettel über der Kandidatenliste stehen: (1)

Dieses Listenkürzel bedeutet:

A. KANDIDATEN (2)

Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten (Laufende Nummer)	Nationalregisternummer	Name der Kandidaten	Vorname(n)	Geschlecht (3)	Geburtsdatum	Anschrift	Beruf	Bekannt als (4)
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								

Anmerkung: Das Format der Formulare muss den Eigenschaften eines jeden Wahlkreises angepasst werden. So müssen die Tabellen der Anzahl der in einem gegebenen Wahlkreis zuzuteilenden Sitze angepasst werden. So müssen ebenfalls die Formulare der Wahlvorschlagserklärungen in so vielen Exemplaren benutzt werden, wie Unterschriften von vorschlagenden Wählern gemäß dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (hiernach: Kodex) verlangt werden.

(1) Das Kürzel setzt sich aus den Anfangsbuchstaben entweder der gesamten Wörter oder eines Teils der Wörter zusammen, die die Bezeichnung der Kandidatenliste zusammenstellen.

Das Kürzel besteht aus höchstens fünfundzwanzig Schriftzeichen. Es kann aus Buchstaben, Zahlen oder Schriftzeichen bestehen.

Den Wahlvorschlägen von Kandidaten, die sich auf ein geschütztes Listenkürzel und eine gemeinsame laufende Nummer berufen, muss die in Artikel L4142-32 des Kodex vorgeschriebene Bescheinigung beigefügt werden, damit sie das Listenkürzel und die gemeinsame laufende Nummer verwenden können.

(2) Es dürfen nur so viele Kandidaten vorgeschlagen werden, wie Ratsmitglieder zu wählen sind.

Ein Kandidat darf nicht auf mehr als einer Liste in der Gemeinde vorgeschlagen werden.

Um als Gemeinderatsmitglied gewählt werden zu können, muss man:

1. spätestens am Tag der Wahlen Belgier oder bis spätestens zum 1. August des Wahljahres als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder von Drittländern als Wähler eingetragen sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle.

2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;

3. spätestens bis zum 1. August des Wahljahres im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sein.

Nicht wählbar sind:

1. wem durch Verurteilung das Wählbarkeitsrecht entzogen worden ist;

2. wer in Anwendung der Artikel L4121-2 und 3 des Kodex vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder dessen Wahlrecht ausgesetzt wurde;

3. Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, denen nach dem Recht ihres Herkunftsmitgliedstaates infolge einer dort verkündeten zivilrechtlichen Einzelfallentscheidung oder strafrechtlichen Entscheidung das Wählbarkeitsrecht aberkannt worden ist;

4. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen verurteilt wurde, wenn auch nur mit Aufschub, wegen eines der in den Artikeln 240, 241, 243 und 245 bis 248 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verstöße, der in der Ausübung eines Gemeindeamtes begangen wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit zwölf Jahre nach der Verurteilung endet;

5. wer wegen im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, erwähnter Straftaten oder auf der Grundlage des Gesetzes vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermords verurteilt worden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet;

6. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren er wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet.

Diese Bestimmung wird nicht auf die Verwalter angewandt, die beweisen, dass sie die Tatsachen nicht kannten, auf denen die betroffene Verurteilung fußte, oder dass sie sofort ihre gesamten Ämter innerhalb der besagten juristischen Person niedergelegt haben, sobald sie Kenntnis davon gehabt haben;

7. der Provinzgouverneur bei seinem Austritt aus dem Amt im Laufe der zwei folgenden Jahre;
8. die Polizeibeamten, gemäß Artikel 127 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes;
9. in der Gemeinde, in der sie eines der folgenden Ämter ausüben: der Generaldirektor, der Sekretär des öffentlichen Sozialhilfezentrums, der Finanzdirektor, der Einnehmer des öffentlichen Sozialhilfezentrums oder der Regionaleinnehmer;
10. in einer der Gemeinden der Provinz, in der sie eines der folgenden Ämter ausüben: der Generaldirektor und der Finanzdirektor der Provinz;
11. die Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

(3) Geben Sie hier bitte "F" für Frau oder "M" für Mann an.

Auf jeder der Listen darf der Unterschied zwischen der Anzahl der Kandidaten jeden Geschlechts nicht größer sein als eins.

Die ersten zwei Kandidaten dürfen nicht demselben Geschlecht angehören.

(4) Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der/des verheirateten oder verwitweten Kandidatin/Kandidaten stehen.

Der Geburtsvorname des Kandidaten kann vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt werden, soweit er mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Kreises bekannten Person nicht verwechselt werden kann.

So kann der Kreisvorstand einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat, dem Bildschirm und dem Stimmzettel einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern die nachstehenden Regeln beachtet werden:

1. Der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname, sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt er den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen anzeigen zu lassen.

2. Der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt (z. B. Danny für Daniel): Es wird wie für Nr. 1 vorgegangen.

3. Der Vorname, den er auf dem Stimmzettel gedruckt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Gemeindevorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter, einem Notar oder einem Bürgermeister ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde.

B. BEDINGUNGEN FÜR VORSCHLAGENDE WÄHLER

Jeder vorschlagende Wähler muss die diesem Formular beigefügte Erklärung ausfüllen und unterzeichnen. Jede individuelle Erklärung wird nummeriert und muss bei der Hinterlegung dieses Formulars beim Gemeindevorstand beigefügt werden.

Wahlvorschläge müssen mindestens durch folgende Anzahl Gemeinderatswähler unterbreitet werden:

100 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 20.001 Einwohnern und mehr;

50 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 Einwohnern;

30 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern;

20 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern;

10 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 500 bis 2.000 Einwohnern;

5 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern.

Vorschlagende Wähler müssen im Wählerregister der betreffenden Gemeinde aufgeführt sein.

Ein Wähler darf nicht mehr als einen Wahlvorschlag für ein und dieselbe Wahl unterzeichnen.

Um Wähler zu sein, müssen vier Bedingungen erfüllt sein:

1. spätestens am Tag der Wahlen Belgier sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle;

oder Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union sein, der die anderen Wahlberechtigungsbedingungen erfüllt und seinen Wunsch geäußert hat, dieses Wahlrecht in Belgien auszuüben;

oder Ausländer außerhalb der Europäischen Union sein, insofern:

a) diese Person bei der Gemeinde, in der sie ihren Hauptwohnoort hat, einen schriftlichen Antrag einreicht, in dem Folgendes angegeben wird:

- ihre Staatsangehörigkeit;

- die Anschrift ihres Hauptwohnoortes;

- eine Erklärung, durch die der Antragsteller sich verpflichtet, die Verfassung, die Gesetze des belgischen Volkes und die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beachten;

b) diese Person zum Zeitpunkt der Einreichung ihres Antrags geltend macht, dass sie seit fünf Jahren ununterbrochen ihren Hauptwohnoort in Belgien hat, der durch einen gültigen Aufenthaltsschein gedeckt wird;

2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;

3. spätestens bis zum 1. August des Wahljahres im Bevölkerungsregister der betroffenen Gemeinde eingetragen sein;

4. spätestens am Tag der Wahlen sich in keinem der in Artikeln L4121-2 und 3 des Kodex vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden.

Anlagen zum von Wählern eingereichten Wahlvorschlag
Anlage 1 - Von Wählern abgegebene Wahlvorschlagserklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Laufende Nummer der Erklärung:

Der/die Unterzeichnete,

Name:

Vorname(n):

Geschlecht:

Beruf:

Geburtsdatum:

Hauptwohnort: (Straße) (Nummer) (Briefkasten)

..... (Postleitzahl) (Gemeinde)

Nationalregisternummer:,

eingetragen im Wählerregister der Gemeinde....., erklärt hiermit, den Wahlvorschlag folgender Liste: (Listenkürzel) für die Wahl des Gemeinderats am..... (Datum der Wahl) zu unterstützen und für diese Wahl keinen weiteren Wahlvorschlag unterzeichnet zu haben.

Eine eventuelle Benennung als Parteizeuge oder als Ersatzzeuge nehme ich an / lehne ich ab (Unzutreffendes bitte streichen).

Ein Auszug aus dem Wählerregister oder ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass der unterzeichnende Wähler gemäß Artikel L4122-9 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in seiner Gemeinde Wähler ist, wird dieser Erklärung beigefügt. (1)

..... (Ort), den..... (Datum)

Unterschrift,

(1) Das Zertifikat kann über das Portal "Meine AKTE" des Nationalregisters unter folgendem Weblink kostenlos heruntergeladen werden: <https://meineakte.rm.fgov.be>

Anlage 2 - Annahmeerklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, von den unterzeichnenden Wählern durch Wahlvorschlag für den Gemeinderat vorgeschlagene Kandidaten, erklären hiermit, die uns angebotenen Kandidaturen anzunehmen.

- Regionale Listennummer: Zur Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschützten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von der politischen Partei (Kürzel) mit der regionalen Listennummer hinterlegten Listenverbindungsvorschlag anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigefügt. (1)

- Provinziale Listennummer: Zur Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschützten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von der Liste (Listenkürzel) mit der provinziellen Listennummer beim Vorsitzenden des Hauptbürovorstandes der Provinz LÜTTICH hinterlegten Vorschlag zum Erhalt einer gemeinsamen Listennummer und eines gemeinsamen Listenkürzels anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigefügt. (1)

Wir erklären, dass wir folgende Wähler, die die Vorschlagsurkunde unserer Kandidaturen unterzeichnet haben, dazu ermächtigen, diese Urkunde zu hinterlegen:

1.

2.

3.

Wir erklären ebenfalls, dass wir (Name und Vorname(n)), Wähler(in) oder Kandidat(in), als Zeugen/Zeugin und (Name und Vorname(n)), Wähler(in) oder Kandidat(in), als Ersatzzeugen/Ersatzzeugin benennen, um den Sitzungen des Gemeindevorstands beizuwohnen. (2)

Wir verpflichten uns, die Gesetzesbestimmungen in Bezug auf die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben zu befolgen und diese Ausgaben schriftlich anzumelden, um diese Erklärung innerhalb von 30 Tagen, die auf das Datum der Wahlen folgen, bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz des Gerichtsbezirks EUPEN zu hinterlegen.

Wir verpflichten uns, bei der Hinterlegung der Aufstellung unserer Ausgaben eine Erklärung in Bezug auf die Herkunft der Geldmittel beizufügen und die Identität der natürlichen Personen zu registrieren, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Innerhalb von 30 Tagen nach dem Datum der Wahlen übergibt der Spitzenkandidat die Aufstellung der Ausgaben für die Wahlwerbung der Liste, sowie die Herkunft der Geldmittel und registriert die Identität der natürlichen Personen, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Wir verpflichten uns, während der Wahlen und während unseres Mandats die demokratischen Grundsätze eines Rechtsstaates sowie die in der Verfassung, in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 eingetragenen Rechte und Freiheiten zu beachten.

Wir verzichten darauf, uns auf das Recht auf Löschung gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) zu berufen.

- Außerdem erklären wir, dass wir in keiner lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union das Amt oder Mandat auszuüben, das dem eines Gemeinderatsmitglieds, eines Schöffen oder eines Bürgermeisters entspricht, dass wir in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ein Amt ausüben, das den in Artikel 65 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 erwähnten Ämtern entspricht und dass uns in unserem Herkunftsland das Wählbarkeitsrecht weder aberkannt, noch dieses Recht ausgesetzt wurde. (3)

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift der Kandidaten,

Name und Vorname(n) (4)	Staatsangehörigkeit	Hauptwohntort	Unterschrift

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Diese Angaben gelten als Benennung durch den Spitzenkandidaten oder ggf. dem von ihm beauftragten Kandidaten gemäß Artikel L4134-1 § 1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung.

(3) Nur für die nichtbelgischen Kandidaten der Europäischen Union anwendbar.

(4) Bitte einen Auszug des Wählerregisters oder ein Zertifikat beifügen, aus dem hervorgeht, dass die vorgeschlagenen Kandidaten gemäß Artikel L4122-9 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in ihrer Gemeinde Wähler sind.

Das Zertifikat kann über das Portal "Meine AKTE" des Nationalregisters unter folgendem Weblink kostenlos heruntergeladen werden: <https://meineakte.rn.fgov.be>

Anlage 3 - Empfangsbestätigung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands bescheinigt hiermit, am (Datum) eine Wahlvorschlagsurkunde für den Gemeinderat erhalten zu haben, die von (1) hinterlegt wurde.

Die Kandidaten sind: (1)

.....

In der Annahmeakte behalten sie sich das Recht vor:

- sich den in Artikel L4142-26 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Listenverbindungsanschlüssen anzuschließen oder

- sich dem Vorschlag zum Erhalt der gleichen laufenden Nummer wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz hinterlegten Liste zugeteilt wird, gemäß Artikel L4142-31 § 1 des Kodex anzuschließen. (2)

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vorsitzende des Gemeindevorstands,

(1) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(2) Unzutreffendes bitte streichen.

Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten (Laufende Nummer)	Nationalregisternummer	Name der Kandidaten	Vorname(n)	Geschlecht (3)	Geburtsdatum	Anschrift	Beruf	Bekannt als (4)
8								
9								
10								

Anmerkung: Das Format der Formulare muss den Eigenschaften eines jeden Wahlkreises angepasst werden. So müssen die Tabellen der Anzahl der in einem gegebenen Wahlkreis zuzuteilenden Sitze angepasst werden.

(1) Das Kürzel setzt sich aus den Anfangsbuchstaben entweder der gesamten Wörter oder eines Teils der Wörter zusammen, die die Bezeichnung der Kandidatenliste zusammenstellen. Es kann ein Akronym sein.

Das Kürzel besteht aus höchstens fünfundzwanzig Schriftzeichen. Es kann aus Buchstaben, Zahlen oder Schriftzeichen bestehen.

(2) Es dürfen nur so viele Kandidaten vorgeschlagen werden, wie Ratsmitglieder zu wählen sind.

Ein Kandidat darf nicht auf mehr als einer Liste in der Gemeinde vorgeschlagen werden.

Um als Gemeinderatsmitglied gewählt werden zu können, muss man:

1. spätestens am Tag der Wahlen Belgier oder spätestens bis zum 1. August des Wahljahres als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder von Drittländern als Wähler eingetragen sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle.

2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;

3. spätestens bis zum 1. August des Wahljahres im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sein.

Nicht wählbar sind:

1. wem durch Verurteilung das Wählbarkeitsrecht entzogen worden ist;

2. wer in Anwendung der Artikel L4121-2 und 3 des Kodex vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder dessen Wahlrecht ausgesetzt wurde;

3. Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, denen nach dem Recht ihres Herkunftsmitgliedstaates infolge einer dort verkündeten zivilrechtlichen Einzelfallentscheidung oder strafrechtlichen Entscheidung das Wählbarkeitsrecht aberkannt worden ist;

4. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen verurteilt wurde, wenn auch nur mit Aufschub, wegen eines der in den Artikeln 240, 241, 243 und 245 bis 248 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verstöße, der in der Ausübung eines Gemeindeamtes begangen wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit zwölf Jahre nach der Verurteilung endet;

5. wer wegen im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, erwähnter Straftaten oder auf der Grundlage des Gesetzes vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermords verurteilt worden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet;

6. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren er wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet.

Diese Bestimmung wird nicht auf die Verwalter angewandt, die beweisen, dass sie die Tatsachen nicht kannten, auf denen die betroffene Verurteilung fußte, oder dass sie sofort ihre gesamten Ämter innerhalb der besagten juristischen Person niedergelegt haben, sobald sie Kenntnis davon gehabt haben;

7. der Provinzgouverneur bei seinem Austritt aus dem Amt im Laufe der zwei folgenden Jahre;

8. die Polizeibeamten, gemäß Artikel 127 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes;

9. in der Gemeinde, in der sie eines der folgenden Ämter ausüben: der Generaldirektor, der Sekretär des öffentlichen Sozialhilfeszentrums, der Finanzdirektor, der Einnehmer des öffentlichen Sozialhilfeszentrums oder der Regionaleinnehmer;

10. in einer der Gemeinden der Provinz, in der sie eines der folgenden Ämter ausüben: der Generaldirektor und der Finanzdirektor der Provinz;

11. die Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

(3) Geben Sie hier bitte "F" für Frau oder "M" für Mann an.

Auf jeder der Listen darf der Unterschied zwischen der Anzahl der Kandidaten jeden Geschlechts nicht größer sein als eins.

Die ersten zwei Kandidaten dürfen nicht demselben Geschlecht angehören.

(4) Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der/des verheirateten oder verwitweten Kandidatin/Kandidaten stehen.

Der Geburtsvorname des Kandidaten kann vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt werden, soweit er mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Kreises bekannten Person nicht verwechselt werden kann.

So kann der Kreisvorstand einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat, dem Bildschirm und dem Stimmzettel einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern die nachstehenden Regeln beachtet werden:

1. Der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname, sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt er den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen anzeigen zu lassen.

2. Der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt (z. B. Danny für Daniel): Es wird wie für Nr. 1 vorgegangen.

3. Der Vorname, den er auf dem Stimmzettel gedruckt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Gemeindevorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter, einem Notar oder einem Bürgermeister ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde.

B. VORSCHLAGENDE AUSSCHIEDENDE GEMEINDERATSMITGLIEDER

Nummer	Namen	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht	Beruf	Hauptwohntort und vollständige Anschrift
1						
2						

Anlagen zum von ausscheidenden Ratsmitgliedern eingereichten Wahlvorschlag

Anlage 1 - Von ausscheidenden Ratsmitgliedern abgegebene Wahlvorschlagserklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Laufende Nummer der Erklärung:

Der/die Unterzeichnete,

Name:

Vorname(n):

Geschlecht:

Beruf:

Geburtsdatum:

Hauptwohntort: (Straße) (Nummer) (Briefkasten)

..... (Postleitzahl) (Gemeinde)

Nationalregisternummer:

ausscheidendes Gemeinderatsmitglied, erklärt hiermit, dass er/sie den Wahlvorschlag folgender Liste (Listenkürzel) für die Wahl des Gemeinderats am (Datum der Wahl) unterstützt und für diese Wahl keinen weiteren Wahlvorschlag unterzeichnet.

Eine eventuelle Benennung als Parteizeuge oder als Ersatzzeuge nehme ich an / lehne ich ab (Unzutreffendes bitte streichen).

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift,

Anlage 2 - Annahmeerklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, von den ausscheidenden Gemeinderatsmitgliedern, deren Namen in der Wahlvorschlagsurkunde angeführt werden, vorgeschlagene Kandidaten, erklären hiermit, die uns angebotenen Kandidaturen anzunehmen.

- Regionale Listennummer: Zur Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschützten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von der politischen Partei (Kürzel) mit der regionalen Listennummer: hinterlegten Listenverbindungsvorschlag anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1)

- Provinziale Listennummer: Zur Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschützten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von der Liste (Listenkürzel) mit der provinziellen Listennummer: beim Vorsitzenden des Hauptbürovorstandes der Provinz LÜTTICH hinterlegten Vorschlag zum Erhalt einer gemeinsamen Listennummer und eines gemeinsamen Listenkürzels anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1)

Wir erklären ebenfalls, dass wir (Name und Vorname(n)), Wähler(in) oder Kandidat(in), als Zeugen/Zeugin und (Name und Vorname(n)), Wähler(in) oder Kandidat(in), als Ersatzzeugen/Ersatzzeugin benennen, um den Sitzungen des Gemeindevorstands beizuwohnen. (2)

Wir verpflichten uns, die Gesetzesbestimmungen in Bezug auf die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben zu befolgen und diese Ausgaben schriftlich anzumelden, um diese Erklärung innerhalb von 30 Tagen, die auf das Datum der Wahlen folgen, bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz des Gerichtsbezirks EUPEN zu hinterlegen.

Wir verpflichten uns, bei der Hinterlegung der Aufstellung unserer Ausgaben eine Erklärung in Bezug auf die Herkunft der Geldmittel beizufügen und die Identität der natürlichen Personen zu registrieren, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Innerhalb von 30 Tagen nach dem Datum der Wahlen übergibt der Spitzenkandidat die Aufstellung der Ausgaben für die Wahlwerbung der Liste, sowie die Herkunft der Geldmittel und registriert die Identität der natürlichen Personen, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Wir verpflichten uns, während der Wahlen und während unseres Mandats die demokratischen Grundsätze eines Rechtsstaates sowie die in der Verfassung, in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 eingetragenen Rechte und Freiheiten zu beachten.

Wir verzichten darauf, uns auf das Recht auf Löschung gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) zu berufen.

- Außerdem erklären wir, dass wir in keiner lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union das Amt oder Mandat auszuüben, das dem eines Gemeinderatsmitglieds, eines Schöffen oder eines Bürgermeisters entspricht, dass wir in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ein Amt ausüben, das den in Artikel L1125-1 Absatz 1 Nrn. 1 bis 8 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnten Ämtern entspricht und dass uns in unserem Herkunftsland das Wahlbarkeitsrecht weder aberkannt, noch dieses Recht ausgesetzt wurde. (3)

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift der Kandidaten,

Name und Vorname(n) (4)	Staatsangehörigkeit	Hauptwohntort	Unterschrift

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Diese Angaben gelten als Benennung durch den Spitzenkandidaten oder ggf. dem von ihm beauftragten Kandidaten gemäß Artikel L4134-1 § 1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung.

(3) Nur für die nichtbelgischen Kandidaten der Europäischen Union anwendbar.

(4) Bitte einen Auszug des Wählerregisters oder ein Zertifikat beifügen, aus dem hervorgeht, dass die vorgeschlagenen Kandidaten gemäß Artikel L4122-9 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in ihrer Gemeinde Wähler sind.

Das Zertifikat kann über das Portal "Meine AKTE" des Nationalregisters unter folgendem Weblink kostenlos heruntergeladen werden: <https://meineakte.rn.fgov.be>

Anlage 3 - Empfangsbestätigung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands bescheinigt hiermit, am (Datum) eine Wahlvorschlagsurkunde für den Gemeinderat erhalten zu haben, die von (1) hinterlegt wurde.

Die Kandidaten sind: (1)

.....

In der Annahmeakte behalten sie sich das Recht vor:

- sich den in Artikel L4142-26 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Listenverbindungsanschlüssen anzuschließen oder

- sich dem Vorschlag zum Erhalt der gleichen laufenden Nummer wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz hinterlegten Liste zugeteilt wird, gemäß Artikel L4142-31 § 1 des Kodex anzuschließen. (2)

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vorsitzende des Gemeindevorstands,

(1) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(2) Unzutreffendes bitte streichen.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 30. Mai 2024 über die Durchführung der Gemeinderatswahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet in Bezug auf die Hinterlegung von Wahlvorschlägen beigefügt zu werden.

Eupen, den 30. Mai 2024

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/204531]

30 MAI 2024. — Arrêté du Gouvernement relatif à l'organisation des élections communales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande en ce qui concerne le dépôt des présentations de candidats

Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le Code de la démocratie locale et de la décentralisation, l'article L4134-1, § 8, inséré par le décret du 11 décembre 2023, l'article L4142-3, alinéa 3, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2006, et l'article L4142-4, § 5, alinéa 1^{er}, et § 6, alinéa 2, remplacés par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2006;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux élections communales, à la désignation des membres des bureaux électoraux, aux tableaux de dépouillement et au recensement;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 relatif aux opérations électorales en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les normes minimales d'accessibilité pour l'assistance aux électeurs dans le choix des centres et locaux de vote en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les modèles de formulaires et de rapports à utiliser dans le cadre du contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les modèles de déclarations concernant la confection et la livraison des documents électoraux pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 relatif à l'encodage numérique, la transmission numérique, ainsi qu'au traitement automatisé des données électorales pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 24 mai 2024;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que les élections communales qui se tiendront le 13 octobre 2024 nécessitent un certain délai de préparation en ce qui concerne leur organisation; que l'une des mesures préparatoires concerne le développement du logiciel permettant le dépôt électronique des candidatures, lui-même soumis notamment aux prescriptions contraignantes en ce qui concerne le modèle des présentations de candidats; que le logiciel permettant le dépôt électronique des candidatures doit être mis à la disposition des listes et candidats potentiels en temps utile, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre plus aucun délai;

Considérant l'accord de coopération du 9 novembre 2023 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande;

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. § 1^{er} - En vue du dépôt des présentations de candidats, le candidat mentionne dans son acte de présentation, après son identité complète, le nom sous lequel il souhaite être inscrit sur l'affiche prévue à l'article L4142-37, § 2, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation et sur les écrans des ordinateurs de vote.

Le bureau communal utilise ces indications pour déterminer les mentions qui seront inscrites sur les écrans des ordinateurs de vote.

§ 2 - Il ne peut être mentionné qu'un seul prénom, un prénom composé devant être considéré comme un seul prénom.

Le prénom choisi doit être mentionné dans l'énumération des prénoms dans l'acte de naissance.

§ 3 - Par dérogation au § 2, le bureau communal peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche et les écrans des ordinateurs de vote d'un autre prénom, pour autant que la mention de ce prénom différent n'ait pas pour effet de prêter à confusion avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription électorale et dans le respect des règles suivantes :

1^o le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, le candidat mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place sur les écrans des ordinateurs de vote le prénom choisi;

2° le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance : il procède comme au 1°;

3° le prénom que le candidat souhaite voir figurer sur les écrans des ordinateurs de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau communal autorise ce prénom sur la base d'un acte de notoriété délivré par un juge de paix, un notaire ou un bourgmestre.

Le prénom de naissance du candidat sera mentionné sur les écrans des ordinateurs de vote suivi de son prénom usuel.

§ 4 - L'identité du(de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

Art. 2. Le président du bureau communal délivre le récépissé figurant en annexe de l'acte de présentation lorsqu'il reçoit un acte de présentation conformément à l'article L4142-4, § 6, alinéa 2, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

Art. 3. L'article 5 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux élections communales, à la désignation des membres des bureaux électoraux, aux tableaux de dépouillement et au recensement est abrogé.

Art. 4. L'article 6 du même arrêté est abrogé.

Art. 5. L'article 7 du même arrêté est abrogé.

Art. 6. L'article 8 du même arrêté est abrogé.

Art. 7. Le modèle 1 figurant en annexe du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018, est remplacé par l'annexe 1^{re} du présent arrêté.

Art. 8. Le modèle 2 figurant en annexe du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018, est remplacé par l'annexe 2 du présent arrêté.

Art. 9. Les modèles 5, 6, 7 et 8 figurant en annexe du même arrêté sont abrogés.

Art. 10. Sont abrogés :

1° l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 relatif aux opérations électorales en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

2° l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les normes minimales d'accessibilité pour l'assistance aux électeurs dans le choix des centres et locaux de vote en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

3° l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les modèles de formulaires et de rapports à utiliser dans le cadre du contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

4° l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 déterminant les modèles de déclarations concernant la confection et la livraison des documents électoraux pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande;

5° l'arrêté du Gouvernement du 24 mai 2018 relatif à l'encodage numérique, la transmission numérique, ainsi qu'au traitement automatisé des données électorales pour les élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Art. 11. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication.

Art. 12 - Le Ministre des Pouvoirs locaux est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 30 mai 2024.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Annexe 1^{re} à l'arrêté du Gouvernement du 30 mai 2024 relatif à l'organisation des élections communales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande en ce qui concerne le dépôt des présentations de candidats

Modèle 1 - Présentation de candidats par des électeurs

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, électeurs communaux dans la commune de....., présentons les personnes mentionnées ci-dessous comme candidats pour les élections communales du.....

Le sigle suivant doit surmonter la liste des candidats sur le bulletin de vote : (1)

Ce sigle signifie :

A. CANDIDATS (2)

Ordre de présentation des candidats (N° d'ordre)	N° du registre national	Nom des candidats	Prénom(s)	Sexe (3)	Date de naissance	Adresse	Profession	Connu comme (4)
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								

Remarque : le format des formulaires doit être adapté aux caractéristiques de chaque circonscription. Ainsi, les tableaux doivent être adaptés au nombre de sièges à pourvoir dans une circonscription donnée. De même, les formulaires de déclaration de présentation de candidats doivent être utilisés en autant d'exemplaires que le Code de la démocratie locale et de la décentralisation (ci-après, dénommé « Code ») requiert de signatures d'électeurs présentants.

(1) Le sigle est formé des initiales soit de tous les mots, soit d'une partie des mots qui composent la dénomination de la liste de candidats.

Le sigle est composé de vingt-cinq caractères au plus. Il peut comporter des lettres, des chiffres ou des signes.

Les présentations de candidats qui se réclament d'un sigle protégé et d'un numéro d'ordre commun doivent être accompagnées de l'attestation prescrite à l'article L4142-32 du Code en vue de pouvoir bénéficier de l'application de cet usage.

(2) Le nombre de candidats ne peut être supérieur à celui des membres à élire dans la commune.

Un candidat ne peut se présenter sur plus d'une liste dans la commune.

Pour pouvoir être élu conseiller communal, il faut :

1° être Belge au plus tard le jour des élections ou être inscrit comme électeur en tant que ressortissant d'un État membre de l'Union européenne ou d'un pays tiers au plus tard le 1^{er} août de l'année des élections. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;

2° avoir dix-huit ans accomplis au plus tard le jour des élections;

3° être inscrit au registre de la population de la commune au plus tard le 1^{er} août de l'année des élections.

Ne sont pas éligibles :

1° ceux qui sont privés du droit d'éligibilité par condamnation;

2° ceux qui sont exclus de l'électorat ou dont les droits électoraux sont suspendus par application des articles L4121-2 et 3 du Code;

3° les ressortissants des autres États membres de l'Union européenne qui, par l'effet d'une décision individuelle en matière civile ou d'une décision pénale prononcée dans leur État d'origine, sont déchus du droit d'éligibilité en vertu du droit de cet État;

4° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, ont été condamnés, même avec sursis, du chef de l'une des infractions prévues aux articles 240, 241, 243 et 245 à 248 du Code pénal, commises dans l'exercice de fonctions communales, cette inéligibilité cessant douze ans après la condamnation;

5° ceux qui ont été condamnés pour des infractions visées par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou sur la base de la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

6° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, étaient administrateurs d'une association au moment des faits à la suite desquels elle a été condamnée, même avec sursis, pour l'une des infractions prévues par la loi du 30 juillet 1981 ou la loi du 23 mars 1995, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation.

Il n'est pas fait application de l'alinéa précédent aux administrateurs qui apportent la preuve qu'ils ne connaissaient pas les faits qui ont fondé la condamnation en cause ou que lorsqu'ils en ont eu connaissance, ils ont aussitôt démissionné de toutes leurs fonctions au sein de ladite personne morale;

7° le gouverneur de province, à sa sortie de fonction, pendant les deux années qui suivent;

8° les fonctionnaires de police, conformément à l'article 127 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux;

9° dans la commune où ils exercent leur fonction : le directeur général, le secrétaire du centre public d'action sociale, le directeur financier, le receveur du centre public d'action sociale ou le receveur régional;

10° dans une des communes de la province où ils exercent leur fonction : le directeur général et le directeur financier de la province;

11° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone.

(3) Indiquez ici « F » pour femme ou « H » pour homme.

Sur chacune des listes, l'écart entre le nombre des candidats de chaque sexe ne peut être supérieur à un.

Les deux premiers candidats ne peuvent être du même sexe.

(4) L'identité du (de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

Le prénom de naissance du candidat peut être suivi du prénom usuel, pour autant que cette mention ne permette pas de le confondre avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription.

Ainsi, le bureau de circonscription peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche, l'écran et le bulletin de vote d'un autre prénom, dans le respect des règles suivantes :

1° le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, il mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place le prénom choisi;

2° le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance (par exemple, Danny pour Daniel) : il procède comme au 1°;

3° le prénom qu'il souhaite voir figurer sur le bulletin de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau communal autorise ce prénom sur la base d'un acte de notoriété délivré par un juge de paix, un notaire ou un bourgmestre.

B. CONDITIONS POUR LES ÉLECTEURS PRÉSENTANTS

Chaque électeur présentant doit compléter et signer la déclaration annexée à ce formulaire. Chaque déclaration individuelle est numérotée et doit être jointe lors du dépôt de ce formulaire auprès du bureau communal.

La présentation de candidats doit être faite par au moins :

100 électeurs communaux dans les communes de 20 001 habitants et plus;

50 électeurs communaux dans les communes de 10 001 à 20 000 habitants;

30 électeurs communaux dans les communes de 5 001 à 10 000 habitants;

20 électeurs communaux dans les communes de 2 001 à 5 000 habitants;

10 électeurs communaux dans les communes de 500 à 2 000 habitants;

5 électeurs communaux dans les communes de moins de 500 habitants.

Les électeurs qui font la présentation doivent figurer sur le registre des électeurs de la commune concernée.

Un électeur ne peut pas signer plus d'une présentation pour la même élection.

Pour être électeur, quatre conditions sont à remplir :

1° être Belge au plus tard le jour des élections. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;

ou être ressortissant d'un autre État membre de l'Union européenne remplissant les autres conditions d'électorat et ayant manifesté sa volonté d'exercer ce droit de vote en Belgique;

ou être étranger non-ressortissant de l'Union européenne pour autant que :

a) cette personne introduise, auprès de la commune dans laquelle elle a établi sa résidence principale, une demande écrite mentionnant :

- sa nationalité;

- l'adresse de sa résidence principale;

- une déclaration par laquelle l'auteur de la demande s'engage à respecter la Constitution, les lois du peuple belge et la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales;

b) cette personne fasse valoir, au moment de l'introduction de sa demande, cinq années ininterrompues de résidence principale en Belgique couvertes par un titre de séjour valable;

- 2° avoir dix-huit ans accomplis au plus tard le jour des élections;
 3° être inscrit au registre de la population de la commune concernée au plus tard le 1^{er} août de l'année des élections;
 4° ne pas se trouver, au plus tard le jour des élections, dans un des cas d'exclusion ou de suspension prévus aux articles L4121-2 et 3 du Code.

Annexes à la présentation de candidats par des électeurs

Annexe 1^{re} - Déclaration de présentation de candidats par des électeurs

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Numéro d'ordre de la déclaration :

Je soussigné(e),

Nom :

Prénom(s) :

Sexe :

Profession :

Date de naissance :

Résidence principale : (rue) (numéro) (boîte)

.....(code postal) (commune)

Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :,

inscrit au registre des électeurs de la commune de déclare par la présente appuyer la présentation de candidats sur la liste suivante : (sigle) pour l'élection du conseil communal du (date de l'élection) et n'avoir signé aucune autre présentation de candidats pour cette élection.

J'accepte / je n'accepte pas une éventuelle désignation comme témoin de parti ou témoin suppléant (biffer la mention inutile).

Un extrait du registre des électeurs ou un certificat démontrant que l'électeur signataire est électeur dans sa commune conformément à l'article L4122-9 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation est annexé à cette déclaration. (1)

Fait à (lieu), le (date)

Signature,

(1) Le certificat peut être téléchargé gratuitement par le biais du portail « Mon DOSSIER » du registre national sous le lien suivant : <https://mondossier.rm.fgov.be>

Annexe 2 - Déclaration d'acceptation de candidatures

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, candidats présentés pour le conseil communal par les électeurs signataires de l'acte, déclarons accepter les candidatures qui nous sont offertes.

- Numéro régional : en vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à notre liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par le parti politique (sigle) sous le numéro régional Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1)

- Numéro provincial : en vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à notre liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par le parti politique (sigle) sous le numéro provincial auprès du président du bureau principal de la province de LIÈGE aux fins d'obtenir un numéro de liste et un sigle communs. Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1)

Nous déclarons autoriser les électeurs ci-après, électeurs signataires de l'acte de présentation de nos candidatures, à effectuer le dépôt de cet acte :

1°

2°

3°

Nous déclarons également désigner [nom et prénom(s)], électeur ou candidat, comme témoin et [nom et prénom(s)], électeur ou candidat, comme témoin suppléant pour assister aux séances du bureau communal. (2)

Nous nous engageons à respecter les dispositions légales relatives à la limitation et au contrôle des dépenses électorales et à déclarer ces dépenses par écrit en vue de déposer cette déclaration, dans les trente jours qui suivent la date des élections, au greffe du tribunal de première instance de l'arrondissement judiciaire d'EUPEN.

Nous nous engageons, lors de la remise du relevé de nos dépenses, à joindre une déclaration relative à l'origine des fonds et à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Dans les trente jours suivant la date des élections, le candidat en tête de liste remettra le relevé des dépenses de propagande électorale de la liste ainsi que l'origine des fonds et y enregistrera l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Nous nous engageons à respecter, au cours des élections et durant notre mandat, les principes démocratiques d'un État de droit ainsi que les droits et libertés inscrits dans la Constitution, dans la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques du 19 décembre 1966.

Nous renonçons à invoquer le droit à l'effacement visé à l'article 17 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

- Nous déclarons en outre ne pas exercer de fonction ou de mandat équivalent à celui de conseiller communal, échevin ou bourgmestre dans une collectivité locale de base d'un autre État membre de l'Union européenne, ne pas exercer dans un autre État membre de l'Union européenne des fonctions équivalentes à celles visées à l'article 65 du décret communal du 23 avril 2018 et ne pas être déchu ni suspendu du droit d'éligibilité dans notre État d'origine. (3)

Fait à (lieu), le (date)

Signature des candidats :

Nom et Prénom(s) (4)	Nationalité	Résidence principale	Signature

(1) Biffer ce qui n'est pas d'application.

(2) Ces données valent désignation par le candidat en tête de liste ou, le cas échéant, par le candidat mandaté par lui, conformément à l'article L4134-1, § 1^{er}, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

(3) Uniquement valable pour les candidats non belges de l'Union européenne.

(4) Joindre un extrait du registre des électeurs ou un certificat démontrant que les candidats présentés sont électeurs dans leur commune conformément à l'article L4122-9 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

Le certificat peut être téléchargé gratuitement par le biais du portail « Mon DOSSIER » du registre national sous le lien suivant : <https://mondossier.rn.fgov.be>

Annexe 3 - Récépissé

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Le président du bureau communal reconnaît avoir reçu le (date) un acte de présentation de candidatures pour le conseil communal, déposé par(1)

Les candidats sont : (1)

.....

Dans l'acte d'acceptation, ils se réservent le droit :

- d'adhérer aux propositions d'affiliation de listes prévues à l'article L4142-26 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ou

- d'adhérer à la proposition d'obtention du même numéro d'ordre que celui attribué à une liste, déposée au chef-lieu de province, conformément à l'article L4142-31, § 1^{er}, du Code. (2)

Fait à (lieu), le (date)

Le président du bureau communal,

(1) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (M^{me}) ou Monsieur (M.).

(2) Biffer ce qui n'est pas d'application.

Ordre de présentation des candidats (N° d'ordre)	N° du registre national	Nom des candidats	Prénom(s)	Sexe (3)	Date de naissance	Adresse	Profession	Connu comme (4)
9								
10								

Remarque : le format des formulaires doit être adapté aux caractéristiques de chaque circonscription. Ainsi, les tableaux doivent être adaptés au nombre de sièges à pourvoir dans une circonscription donnée.

(1) Le sigle est formé des initiales soit de tous les mots, soit d'une partie des mots qui composent la dénomination de la liste de candidats. Il peut être un acronyme.

Le sigle est composé de vingt-cinq caractères au plus. Il peut comporter des lettres, des chiffres ou des signes.

(2) Le nombre de candidats ne peut être supérieur à celui des membres à élire dans la commune.

Un candidat ne peut se présenter sur plus d'une liste dans la commune.

Pour pouvoir être élu conseiller communal, il faut :

1° être Belge au plus tard le jour des élections ou être inscrit comme électeur en tant que ressortissant d'un État membre de l'Union européenne ou d'un pays tiers au plus tard le 1^{er} août de l'année des élections. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;

2° avoir dix-huit ans accomplis au plus tard le jour des élections;

3° être inscrit au registre de la population de la commune au plus tard le 1^{er} août de l'année des élections.

Ne sont pas éligibles :

1° ceux qui sont privés du droit d'éligibilité par condamnation;

2° ceux qui sont exclus de l'électorat ou dont les droits électoraux sont suspendus par application des articles L4121-2 et 3 du Code;

3° les ressortissants des autres États membres de l'Union européenne qui, par l'effet d'une décision individuelle en matière civile ou d'une décision pénale prononcée dans leur État d'origine, sont déchus du droit d'éligibilité en vertu du droit de cet État;

4° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, ont été condamnés, même avec sursis, du chef de l'une des infractions prévues aux articles 240, 241, 243 et 245 à 248 du Code pénal, commises dans l'exercice de fonctions communales, cette inéligibilité cessant douze ans après la condamnation;

5° ceux qui ont été condamnés pour des infractions visées par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou sur la base de la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

6° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, étaient administrateurs d'une association au moment des faits à la suite desquels elle a été condamnée, même avec sursis, pour l'une des infractions prévues par la loi du 30 juillet 1981 ou la loi du 23 mars 1995, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation.

Il n'est pas fait application de l'alinéa précédent aux administrateurs qui apportent la preuve qu'ils ne connaissaient pas les faits qui ont fondé la condamnation en cause ou que lorsqu'ils en ont eu connaissance, ils ont aussitôt démissionné de toutes leurs fonctions au sein de ladite personne morale;

7° le gouverneur de province, à sa sortie de fonction, pendant les deux années qui suivent;

8° les fonctionnaires de police, conformément à l'article 127 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux;

9° dans la commune où ils exercent leur fonction : le directeur général, le secrétaire du centre public d'action sociale, le directeur financier, le receveur du centre public d'action sociale ou le receveur régional;

10° dans une des communes de la province où ils exercent leur fonction : le directeur général et le directeur financier de la province;

11° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone.

(3) Indiquez ici « F » pour femme ou « H » pour homme.

Sur chacune des listes, l'écart entre le nombre des candidats de chaque sexe ne peut être supérieur à un.

Les deux premiers candidats ne peuvent être du même sexe.

(4) L'identité du (de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

Le prénom de naissance du candidat peut être suivi du prénom usuel, pour autant que cette mention ne permette pas de le confondre avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription.

Ainsi, le bureau de circonscription peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche, l'écran et le bulletin de vote d'un autre prénom, dans le respect des règles suivantes :

1° le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, il mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place le prénom choisi;

2° le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance (par exemple, Danny pour Daniel) : il procède comme au 1°;

3° le prénom qu'il souhaite voir figurer sur le bulletin de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau communal autorise ce prénom sur la base d'un acte de notoriété délivré par un juge de paix, un notaire ou un bourgmestre.

B. CONSEILLERS COMMUNAUX SORTANTS QUI FONT LA PRÉSENTATION

Numéro	Noms	Prénom(s)	Date de naissance	Sexe	Profession	Résidence principale et adresse complète
1						
2						

Annexes à la présentation de candidats par des conseillers communaux sortants

Annexe 1^{re} - Déclaration de présentation de candidats par des conseillers communaux sortants

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Numéro d'ordre de la déclaration :

Je soussigné(e),

Nom :

Prénom(s) :

Sexe :

Profession :

Date de naissance :

Résidence principale : (rue) (numéro) (boîte)

..... (code postal) (commune)

Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :

conseiller communal sortant, déclare par la présente appuyer la présentation de candidats sur la liste suivante :
 (sigle) sous le numéro régional Il est joint à cette déclaration l'attestation
 visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1)

et ne signer aucune autre présentation de candidats pour cette élection.
 J'accepte / je n'accepte pas une éventuelle désignation comme témoin de parti ou témoin suppléant (biffer la
 mention inutile).

Fait à (lieu), le (date)

Signature,

Annexe 2 - Déclaration d'acceptation de candidatures

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, candidats présentés par les conseillers communaux sortants dont les noms sont repris dans l'acte
 de présentation de candidatures, déclarons accepter les candidatures qui nous sont offertes.

- Numéro régional : en vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à notre
 liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par le parti politique
 (sigle) sous le numéro régional Il est joint à cette déclaration l'attestation
 visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1)

- Numéro provincial : en vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à
 notre liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par le parti politique
 (sigle) sous le numéro provincial auprès du président du bureau principal
 de la province de LIÈGE aux fins d'obtenir un numéro de liste et un sigle communs. Il est joint à cette déclaration
 l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1)

Nous déclarons également désigner [nom et prénom(s)], électeur ou candidat,
 comme témoin et [nom et prénom(s)], électeur ou candidat, comme témoin
 suppléant pour assister aux séances du bureau communal. (2)

Nous nous engageons à respecter les dispositions légales relatives à la limitation et au contrôle des dépenses
 électorales et à déclarer ces dépenses par écrit en vue de déposer cette déclaration, dans les trente jours qui suivent la
 date des élections, au greffe du tribunal de première instance de l'arrondissement judiciaire d'EUPEN.

Nous nous engageons, lors de la remise du relevé de nos dépenses, à joindre une déclaration relative à l'origine
 des fonds et à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Dans les trente jours suivant la date des élections, le candidat en tête de liste remettra le relevé des dépenses de
 propagande électorale de la liste ainsi que l'origine des fonds et y enregistrera l'identité des personnes physiques qui
 ont fait des dons de 125 euros et plus.

Nous nous engageons à respecter, au cours des élections et durant notre mandat, les principes démocratiques d'un
 État de droit ainsi que les droits et libertés inscrits dans la Constitution, dans la Convention de sauvegarde des droits
 de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et dans le Pacte international relatif aux droits civils et
 politiques du 19 décembre 1966.

Nous renonçons à invoquer le droit à l'effacement visé à l'article 17 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

- Nous déclarons en outre ne pas exercer de fonction ou de mandat équivalent à celui de conseiller communal, échevin ou bourgmestre dans une collectivité locale de base d'un autre État membre de l'Union européenne, ne pas exercer dans un autre État membre de l'Union européenne des fonctions équivalentes à celles visées à l'article L1125-1, alinéa 1^{er}, 1^o à 8^o, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation et ne pas être déchu ni suspendus du droit d'éligibilité dans notre État d'origine. (3)

Fait à (lieu), le (Date)

Signature des candidats :

Nom et Prénom(s) (4)	Nationalité	Résidence principale	Signature

(1) Biffer ce qui n'est pas d'application.

(2) Ces données valent désignation par le candidat en tête de liste ou, le cas échéant, par le candidat mandaté par lui, conformément à l'article L4134-1, § 1^{er}, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

(3) Uniquement valable pour les candidats non belges de l'Union européenne.

(4) Joindre un extrait du registre des électeurs ou un certificat démontrant que les candidats présentés sont électeurs dans leur commune conformément à l'article L4122-9 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

Le certificat peut être téléchargé gratuitement par le biais du portail « Mon DOSSIER » du registre national sous le lien suivant : <https://mondossier.rrn.fgov.be>

Annexe 3 - Récépissé

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Le président du bureau communal reconnaît avoir reçu le (date) un acte de présentation de candidatures pour le conseil communal, déposé par

(1)

Les candidats sont : (1)

.....

Dans l'acte d'acceptation, ils se réservent le droit :

- d'adhérer aux propositions d'affiliation de listes prévues à l'article L4142-26 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ou

- d'adhérer à la proposition d'obtention du même numéro d'ordre que celui attribué à une liste, déposée au chef-lieu de province, conformément à l'article L4142-31, § 1^{er}, du Code. (2)

Fait à (lieu), le (date)

Le président du bureau communal,

(1) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (M^{me}) ou Monsieur (M.).

(2) Biffer ce qui n'est pas d'application.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 30 mai 2024 relatif à l'organisation des élections communales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande en ce qui concerne le dépôt des présentations de candidats.

Eupen, le 30 mai 2024.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/204531]

30 MEI 2024. — Besluit van de Regering over de organisatie van de gemeenteraadsverkiezingen van 13 oktober 2024 in het Duitse taalgebied betreffende de indiening van voordrachten van kandidaten voor de verkiezingen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, artikel L4134-1, § 8, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2023, artikel L4142-3, derde lid, vervangen bij het decreet van het Waalse Gewest van 1 juni 2006, en artikel L4142-4, § 5, eerste lid, en § 6, tweede lid, vervangen bij het decreet van het Waalse Gewest van 1 juni 2006;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 22 juni 2006 betreffende de voordrachten van kandidaten voor de gemeenteraadsverkiezingen, de aanwijzing van de leden van de kiesbureaus, de stemopnemingsstabellen en de telling van de stemmen;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 mei 2018 betreffende de kiesverrichtingen voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot bepaling van de minimale toegankelijkheidsnormen bij de keuze van stemcentra en stemlokalen in het kader van de bijstand aan kiezers voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot vaststelling van de modellen van de te gebruiken formulieren en verslagen in het kader van de controle van de verkiezingsuitgaven voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot bepaling van de modellen van verklaringen betreffende de opmaak en de levering van verkiezingsdocumenten voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 mei 2018 betreffende het digitaal invoeren, de digitale overdracht en de geautomatiseerde verwerking van de gegevens in verband met de verkiezingen voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 24 mei 2024;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de organisatie van de gemeenteraadsverkiezingen van 13 oktober 2024 een bepaalde aanlooptijd vergt; dat een van de voorbereidende maatregelen betrekking heeft op de ontwikkeling van de software voor de elektronische indiening van voordrachten van kandidaten, die op haar beurt in het bijzonder afhankelijk is van bindende voorschriften voor het model voor de voordracht van kandidaten voor de verkiezingen; dat de software voor de elektronische indiening van voordrachten van kandidaten tijdig ter beschikking moet staan van de potentiële lijsten en kandidaten; dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende het Samenwerkingsakkoord van 9 november 2023 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de organisatie van de lokale verkiezingen van 13 oktober 2024 op het Duitse taalgebied;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Lokale Besturen;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. § 1 - Met het oog op de indiening van voordrachten van kandidaten voor de verkiezingen vermeldt de kandidaat in zijn voordrachtsakte, na zijn volledige identiteit, de naam waaronder hij wenst vermeld te worden op het aanplakbiljet bedoeld in artikel L4142-37, § 2, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie en op de beeldschermen van de stemcomputers.

Het gemeentelijk bureau gebruikt die gegevens ter vaststelling van de gegevens die op de beeldschermen van de stemcomputers verschijnen.

§ 2 - Er mag slechts één enkele voornaam worden vermeld, waarbij een samengestelde voornaam als één enkele voornaam wordt beschouwd.

De gekozen voornaam moet worden vermeld in de opsomming van de voornamen in de geboorteakte.

§ 3 - In afwijking van paragraaf 2 mag het gemeentelijk bureau een kandidaat toelaten om een andere voornaam te gebruiken op het aanplakbiljet en op de beeldschermen van de stemcomputers, voor zover het gebruik van die andere voornaam niet leidt tot verwarring met een andere kandidaat of een persoon bekend in de kieskring en voor zover de volgende regels worden nageleefd:

1° de voornaam waaronder de kandidaat daadwerkelijk bekend is, is niet zijn eerste voornaam maar een andere, op zijn geboorteakte vermelde voornaam: in dat geval vermeldt de kandidaat de volledige voornaam op zijn voordrachtsakte en wijst hij erop dat hij de gekozen voornaam wenst gebruikt te zien op de beeldschermen van de stemcomputers;

2° de kandidaat is bekend onder de afkorting van één van zijn voornamen zoals ze staan vermeld op de geboorteakte: hij handelt zoals onder 1°;

3° de voornaam die de kandidaat wenst gebruikt te zien op de beeldschermen van de stemcomputers maakt geen deel uit van de opsomming van de voornamen op zijn geboorteakte: het gemeentelijk bureau aanvaardt die voornaam tegen voorlegging van een akte van bekendheid afgegeven door een vrederechter, een notaris of een burgemeester.

De geboortevoornaam van de kandidaat staat vermeld op de beeldschermen van de stemcomputers, gevolgd door zijn gebruikelijke voornaam.

§ 4 - De identiteit van de gehuwde of weduwe/weduwnaar geworden kandidaat kan worden voorafgegaan of gevolgd door de naam van de echtgenoot of overleden echtgenoot.

Art. 2. De voorzitter van het gemeentelijk bureau verstrekt het als bijlage bij de voordrachtsakte gevoegde ontvangstbewijs wanneer hij een voordrachtsakte ontvangt overeenkomstig artikel L4142-4, § 6, tweede lid, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie.

Art. 3. Artikel 5 van het besluit van de Waalse Regering van 22 juni 2006 betreffende de voordrachten van kandidaten voor de gemeenteraadsverkiezingen, de aanwijzing van de leden van de kiesbureaus, de stemopnemingsstabellen en de telling van de stemmen wordt opgeheven.

Art. 4. Artikel 6 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 5. Artikel 7 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 6. Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 7. Model 1 gevoegd bij hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 24 mei 2018, wordt vervangen door bijlage 1 gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 8. Model 2 gevoegd bij hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 24 mei 2018, wordt vervangen door bijlage 2 gevoegd bij dit besluit (zie Duitse versie).

Art. 9. De modellen 5, 6, 7 en 8 gevoegd bij hetzelfde besluit worden opgeheven.

Art. 10. Opgeheven worden:

1° het besluit van de Regering van 24 mei 2018 betreffende de kiesverrichtingen voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

2° het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot bepaling van de minimale toegankelijkheidsnormen bij de keuze van stemcentra en stemlokalen in het kader van de bijstand aan kiezers voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

3° het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot vaststelling van de modellen van de te gebruiken formulieren en verslagen in het kader van de controle van de verkiezingsuitgaven voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

4° het besluit van de Regering van 24 mei 2018 tot bepaling van de modellen van verklaringen betreffende de opmaak en de levering van verkiezingsdocumenten voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied;

5° het besluit van de Regering van 24 mei 2018 betreffende het digitaal invoeren, de digitale overdracht en de geautomatiseerde verwerking van de gegevens in verband met de verkiezingen voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied.

Art. 11. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 12. De minister bevoegd voor Lokale Besturen is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 30 mei 2024.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2024/204539]

16 MAI 2024. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant certaines dispositions du Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé, Deuxième partie, livre V, titre VII, chapitre VII, relatives aux services organisant du répit en faveur des aidants proches et des personnes handicapées

Le Gouvernement wallon,

Vu le Code wallon de l'action sociale et de la santé, l'article 283, alinéas 1^{er} et 2, modifié en dernier lieu par le décret du 3 décembre 2020 ;

Vu le Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 8 mars 2024 ;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 14 mars 2024 ;

Vu le rapport du 14/03/2024 établi conformément à l'article 4, 2^o, du décret du 3 mars 2016 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales, pour les matières réglées en vertu de l'article 138 de la Constitution ;

Vu l'avis de l'Organe de concertation intra-francophone donné le 20 mars 2024 ;

Vu la concertation en Comité ministériel de concertation intra-francophone du 20 mars 2024 ;

Vu l'avis du Conseil consultatif wallon des personnes en situation de handicap, donné le 26 mars 2024 ;